



Rathaus Umschau

Freitag, 26. Januar 2024

Ausgabe 019

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder Push-Nachricht
unter muenchen.de/ru-abo*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Meldungen	3
› Monitoring der Asiatischen Tigermücke	3
› Bildung für nachhaltige Entwicklung: Tierparkschule ausgezeichnet	4
› Senior*innen entdecken Münchens digitale Stadtverwaltung	6
› Infoabend „Schimmel in Wohnungen vermeiden und beseitigen“	7
› Öffentliche Stadtrats-Sitzung der kommenden Woche	7
Antworten auf Stadtratsanfragen	8
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Montag, 29. Januar, 14 Uhr, dm-Markt Hauptbahnhof, Arnulfstraße 2

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des dm-Markts am Münchner Hauptbahnhof kassiert Bürgermeisterin Verena Dietl eine Stunde für den guten Zweck. Die Einnahmen der Spendenaktion werden vom dm-Team aufgerundet und an die Münchner Tafel gespendet.

Wiederholung

Montag, 29. Januar, 16.30 Uhr, Rathaus, Zimmer 200

Bürgermeisterin Verena Dietl überreicht die Medaille „München leuchtet – Den Freundinnen und Freunden Münchens“ an Dr. Corina Toledo, die für ihre Verdienste um die Themen Gleichberechtigung, demokratische Teilhabe, Antirassismus, Antidiskriminierung, Diversität und Ermächtigung von Randgruppen durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit in der Initiative „frau-kunst-politik“ ausgezeichnet wird.

Wiederholung

Montag, 29. Januar, 18 Uhr, Festsaal im Alten Rathaus

Bürgermeisterin Verena Dietl und die Vorsitzende des Münchner Migrationsbeirats, Dimitrina Lang, sprechen beim Jahresempfang für den Migrationsbeirat ein Grußwort.

Wiederholung

Montag, 29. Januar, 18 Uhr, Mohr-Villa, Situlistraße 75

Stadtbaurätin Professorin Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk eröffnet gemeinsam mit Patric Wolf, Vorsitzender des Bezirksausschusses 12 (Schwabing-Freimann), die Ausstellung der Ergebnisse des europaweiten Ideenwettbewerbs „Europas E 17 – Lebendige Städte“.

Montag, 29. Januar, 20.15 Uhr, Festsaal des Hofbräukellers am Wiener Platz, Innere Wiener Straße 19

Anlässlich des Neujahrsempfangs des Bayerischen Sportschützenbundes überbringt Sportbürgermeisterin Verena Dietl Grußworte der Stadt München. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr.

Mittwoch, 31. Januar, 17 Uhr, Festsaal Salesianum, Sieboldstraße 11

Bürgermeisterin Verena Dietl spricht ein Grußwort anlässlich der Jubiläumsfeier 125 Jahre Maria-Theresia-Gymnasium München.

Donnerstag, 1. Februar, 18 Uhr, Festsaal im Alten Rathaus

Bürgermeisterin Verena Dietl und Kommunalreferentin Kristina Frank laden zu einem Empfang für die Teilnehmer*innen der Haushaltschallenge „NO-wasteVEMBER“ ein. Unter den Münchner*innen, die vier Wochen lang im Rahmen der Zero-Waste-Challenge so viel Abfall wie möglich vermieden haben, werden auch die zehn Gewinner*innen des Preisgeldes von je 250 Euro ausgelost.

Achtung Redaktionen: Um Anmeldung bis Mittwoch, 31. Januar, per E-Mail an bdr.kom@muenchen.de wird gebeten. Der Termin ist für Fotoaufnahmen und O-Töne geeignet.

Meldungen

Monitoring der Asiatischen Tigermücke

(26.1.2024 – teilweise voraus) Das Gesundheitsreferat (GSR) hat 2023 bei wiederholten Kontrollen von aufgestellten Fallen insgesamt 21 Asiatische Tigermücken in München gefunden. Durch zusätzliche Einsendungen aufmerksamer Bürger*innen wurden weitere vier Exemplare gefunden. Der aktuelle Bericht zum Tigermücken-Monitoring wurde jetzt im Gesundheitsausschuss des Stadtrats vorgestellt.

Bürgermeisterin Verena Dietl: „Das bereits seit einigen Jahren etablierte Stechmückenmonitoring mit besonderem Fokus auf die Asiatische Tigermücke wurde im vergangenen Jahr ausgeweitet, da allgemein aufgrund des Klimawandels eine Ausbreitung der Tigermücke erwartet wird. Ziel ist es, eine mögliche Ansiedlung der Asiatischen Tigermücke in München frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen.“

Gesundheitsreferentin Beatrix Zurek: „Wir haben an ausgewählten Stellen wie Friedhöfen, Kleingartenanlagen und potenziellen Eintrittspforten in die Stadt München Mückenfallen aufgestellt und regelmäßig ausgewertet. Durch das Monitoring können potenzielle Ablageorte für Tigermücken-Eier erkannt und gereinigt oder fallweise mit einem Mittel behandelt werden, das Mückenlarven neutralisiert, so dass sich keine neuen Tigermücken entwickeln können.“

Das Tigermücken-Monitoring des GSR erfolgt in Abstimmung mit dem Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) und wird in der kommenden Saison fortgeführt.

Klimatische Veränderungen und wärmere Temperaturen begünstigen die Ausbreitung der Asiatischen Tigermücke (*Aedes albopictus*). In Regionen, in denen sie sich dauerhaft etabliert hat, ist sie ein bedeutender Überträger verschiedener Infektionskrankheiten. Diese Krankheiten sind jedoch in

Deutschland bislang nicht etabliert, sodass das Vorkommen von Tigermücken nicht automatisch mit einem Infektionsrisiko für Menschen einhergeht. Die Gefahr einer Infektion durch einen Stich der Tigermücke bleibt in München weiterhin sehr gering.

Das Insekt ist an die städtische Umwelt angepasst, es nutzt selbst kleinste stehende Wasseransammlungen als Brutstätten, um dort Eier abzulegen. Dazu reichen ihm beispielsweise Eimer, Regentonnen, Gießkannen, Blumenvasen und -untersetzer, Vogeltränken oder verstopfte Dachrinnen. Es ist daher wichtig, derartige Brutstätten regelmäßig – auch vor Beginn des Frühjahrs – zu reinigen oder zu vermeiden. Wasserauffangbehälter wie Regentonnen oder Zisternen können mit einem engmaschigen Netz abgedeckt werden, sodass Mücken nicht an das Wasser gelangen können. Wer eine auffällige Mücke findet, kann diese zur Bestimmung an den Mückenatlas oder das LGL schicken. Weitere Informationen finden sich unter www.muenchen.de/tigermuecke.

Bildung für nachhaltige Entwicklung: Tierparkschule ausgezeichnet

(26.1.2024) Die Münchner Tierparkschule engagiert sich vorbildlich in der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Dafür haben die Deutsche UNESCO-Kommission und das Bundesministerium für Bildung und Forschung BMBF ihr jetzt die nationale Auszeichnung für Bildung für nachhaltige Entwicklung verliehen. Schulleiterin Sandra Buchberger nahm heute die Ehrung im Rahmen einer digitalen Zeremonie entgegen.

Stadtschulrat Florian Kraus: „In der Münchner Tierparkschule fühlt sich Bildung für nachhaltige Entwicklung nicht wie Lernen an, sondern wie eine Entdeckungsreise. Mit allen Sinnen werden die Schülerinnen und Schüler dort an einen breiten Fächer an Nachhaltigkeitsthemen herangeführt. Die Wertschätzung durch die UNESCO ist eine schöne Bestätigung für die pädagogische Qualität dieses außerschulischen Lernorts und für unser Engagement im Bereich BNE insgesamt.“

Sandra Buchberger, Leiterin der Tierparkschule: „Wir freuen uns sehr über die UNESCO-Auszeichnung. Nachhaltigkeitsaspekte durchdringen alles in der Tierparkschule. Kein Thema, kein Projekt und Unterrichtsmodul in unseren Bildungsangeboten, in denen es nicht um Nachhaltigkeit geht und die zur Nachahmung animieren sollen. Denn das ist das übergeordnete Ziel unserer Arbeit: Wir wollen die Teilnehmenden befähigen, durch kleine Änderungen im Alltagsverhalten zum Schutz der Umwelt, der Tiere und ihrer Lebensräume beizutragen.“

Herausragender Akteur der Bildung für nachhaltige Entwicklung

Seit 2019 bildet das nach modernsten Standards errichtete Schulgebäude in der Hülle eines alten Bauernhauses das Herzstück des Mühlendorfes im Tierpark Hellabrunn. Es ist ein Ort, an dem Schüler*innen die Vielfalt

des Lebens beobachten und erleben können. Ausgangspunkt der meisten Lernmodule ist die angeleitete Tierbeobachtung. Sie schafft ein Verständnis für die Bedürfnisse der Tiere und die menschlichen Einflüsse auf ihre Lebensräume. Spielerisch werden Kinder und Jugendliche auch an die größeren Zusammenhänge des Klimawandels herangeführt und erfahren, wie sich ihr persönliches Handeln auf die Natur und die Arten auswirkt. Insgesamt hat die Münchner Tierparkschule Unterrichtsmodule zu Digitalisierung, Energie, Ernährung, Generationengerechtigkeit, Geschlechtergleichstellung, Gesundheit, Globalisierung, Kulturelle Vielfalt, Klima, Menschenrechte, Mobilität und Verkehr, Nachhaltige Städte und Gemeinden, Nachhaltiger Konsum und Produktion, Nachhaltiges Wirtschaftswachstum/Arbeit, Ökosysteme/Biodiversität, Reduzierung globaler Ungleichheiten und Sustainable Development Goals entwickelt. Der Unterricht ist für Schüler*innen aller Jahrgangsstufen und Schularten fächerübergreifend geeignet. Seit diesem Schuljahr bietet die Tierparkschule neben den mehrtägigen BNE-Projekten auch Module an, die nach dem Baukastenprinzip ausgewählt werden können und Lehrkräften eine zeitlich und methodisch flexible Gestaltung ihres Unterrichtstages ermöglichen. Zudem gibt es die Möglichkeit, iPads auszuleihen. In Kooperation mit der Städtischen Elly-Heuss-Realschule wird dieses Schuljahr in der Tierparkschule als Pilotprojekt Epochalunterricht im Fach Geographie durchgeführt. Neu sind auch die Ferienprogramme, die seit Sommer 2023 in allen Schulferien angeboten werden.

Nationale Auszeichnung – Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die „Nationale Auszeichnung – Bildung für nachhaltige Entwicklung“ würdigt Organisationen, Netzwerke und Kommunen, die sich im Rahmen des UNESCO-Programms BNE 2030 für eine lebenswerte, nachhaltige Gestaltung der Gesellschaft einsetzen. Sie wird von der Deutschen UNESCO-Kommission und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung vergeben. Ziel der Auszeichnung ist es, erfolgreiche BNE-Akteur*innen sichtbar zu machen und zu stärken, um BNE mit ihrer Hilfe in die Breite der Gesellschaft zu tragen. Auf diesem Weg leisten die Auszeichnungen einen aktiven Beitrag zur Dekade des Handelns (Decade of Action) und den Globalen Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030.

BNE 2030 steht für „Bildung für nachhaltige Entwicklung: die globalen Nachhaltigkeitsziele verwirklichen“. Nachhaltige Entwicklung heißt, Menschenwürde und Chancengerechtigkeit für alle in einer intakten Umwelt sicherzustellen. Bildung ist für eine nachhaltige Entwicklung zentral. Sie versetzt Menschen in die Lage, Entscheidungen für die Zukunft zu treffen und abzuschätzen, wie sich eigene Handlungen auf künftige Generationen oder das Leben in anderen Weltregionen auswirken.

In der Agenda 2030 der Vereinten Nationen ist die Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung als Ziel für die Weltgemeinschaft festgeschrieben. Das 2020 gestartete UNESCO-Programm BNE 2030 zielt darauf ab, die strukturelle Verankerung von BNE im gesamten Bildungssystem voranzubringen. In Deutschland wird BNE auf der Grundlage des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung umgesetzt.

Weiterführende Informationen

- Tierparkschule: www.hellabrunn.de/der-tierpark/ueber-hellabrunn/tierparkschule/ueber-die-tierparkschule
- UNESCO-Programm BNE 2030: www.unesco.de/bildung/bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung/unesco-programm-bne-2030
- Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung: www.unesco.de/publikationen?page=18#row-5652



Die Leiterin der Tierparkschule, Sandra Buchberger, bei der Arbeit mit Schüler*innen. (Foto: Tierparkschule)

Senior*innen entdecken Münchens digitale Stadtverwaltung

(26.1.2024) Die digitalen Dienste der Landeshauptstadt einfach mal ausprobieren – das können Münchens Senior*innen am Donnerstag, 8. Februar, in der Stadtbibliothek im Motorama, Rosenheimer Straße 30-32. Von 13 bis 18 Uhr können Interessierte an verschiedenen Inseln die Online-Behördengänge kennenlernen und weitere Angebote wie die Bürgerbeteiligungsplattform unser.muenchen.de oder die Meldeplattform machmuenchen-besser.de testen. Außerdem kann vor Ort ein Bürgerkonto erstellt werden, das für viele Online-Behördengänge benötigt wird. Unterstützung gibt es dabei von städtischen Mitarbeiter*innen. Mit Kaffee und Kuchen ist für das leibliche Wohl gesorgt, ab 18 Uhr gibt es einen musikalischen Ausklang. IT-Referentin Dr. Laura Dornheim: „Als IT-Referentin ist es mir sehr wichtig, allen die Teilhabe an unserer immer digitaleren Gesellschaft auch zu

ermöglichen. Deshalb bin ich froh, dass es so großartige Projekte und Veranstaltungen wie diese gibt. Gerade für diejenigen, die vor der Erfindung des ersten Smartphones geboren wurden, ist es oft eine Herausforderung, mit den technischen Entwicklungen Schritt zu halten. Vielen Dank an die Stadtbibliothek und die städtischen Mitarbeiter*innen, die dieses Angebot ermöglichen.“

Die Veranstaltung ist Teil des Projekts WerkSTADT des IT-Referats. Mit der WerkSTADT bekommen Bürger*innen die Möglichkeit, sich mit den digitalen Angeboten der Stadtverwaltung vertraut zu machen und sich an der Ausgestaltung ihrer digitalen Stadt zu beteiligen.

Anmeldungen sind persönlich in der Stadtbibliothek im Motorama und telefonisch unter 233-89300 sowie per Mail an stb.motorama@muenchen.de möglich. Man kann aber auch spontan vorbeikommen. Um das Bürgerkonto gemeinsam erstellen zu können, sollten Interessierte ihren onlinefähigen Personalausweis und ein NFC-fähiges Gerät (Smartphone oder Tablet) mitbringen.

Infoabend „Schimmel in Wohnungen vermeiden und beseitigen“

(26.1.2024) Das Bauzentrum München lädt am Mittwoch, 31. Januar, 18 Uhr, ein zum Online-Infoabend „Schimmel in Wohnungen vermeiden und beseitigen“. Die Teilnahme ist kostenfrei. Eine Online-Anmeldung ist erforderlich unter <https://t1p.de/jj1yl>.

Schimmel in der Wohnung ist eklig und kann Allergien auslösen. Oftmals entsteht Schimmel nach Modernisierungen, vor allem, wenn die einzelnen Maßnahmen nicht gut aufeinander abgestimmt waren. Allerdings muss in der Heizsaison immer darauf geachtet werden, dass an den Wänden kein Tauwasser entsteht, welches dem Schimmel einen perfekten Nährboden bereitet. Der Sachverständige Edmund Bromm erklärt, wie Schimmel vermieden oder wieder beseitigt werden kann und wie die Wohnung im schlimmsten Fall fachgerecht zu sanieren ist.

Weitere Infos unter veranstaltungen.muenchen.de/bauzentrum, per E-Mail an bauzentrum@muenchen.de oder telefonisch unter 546366-0.

Öffentliche Stadtrats-Sitzung der kommenden Woche

Mittwoch, 31. Januar

9.00 Uhr Vollversammlung – Großer Sitzungssaal
(Die Vollversammlung wird als Livestream im Internet unter muenchen.de/stadtrat-live übertragen und dabei auch in Gebärdensprache übersetzt)



Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 26. Januar 2024

Niedrige Impfquoten in München bei Hepatitis B und Humanen Papillomviren (HPV) – Abhilfe schaffen! I

Antrag Stadtrat Professor Dr. Hans Theiss (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 21.7.2023

Niedrige Impfquoten in München bei Hepatitis B und Humanen Papillomviren (HPV) – Abhilfe schaffen! II

Antrag Stadtrat Professor Dr. Hans Theiss (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 21.7.2023

Friedhof Lochhausen: Urnenwand und/oder Urnenstelen aufstellen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste) vom 8.11.2023

Niedrige Impfquoten in München bei Hepatitis B und Humanen Papillomviren (HPV) – Abhilfe schaffen! I

Antrag Stadtrat Professor Dr. Hans Theiss (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 21.7.2023

Antwort Gesundheitsreferentin Beatrix Zurek:

Sie beantragen: *„Die Landeshauptstadt München (LHM) wird aufgefordert, eine wissenschaftliche Studie durchzuführen, zu begleiten oder in Auftrag zu geben, die auf möglichst breiter Datengrundlage und wissenschaftlich repräsentativ klärt, warum die Impfquoten bei Hepatitis B und HPV in München so gering sind. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden genutzt, um die Impfquote in Zukunft zu erhöhen.“*

Ihr Einverständnis vorausgesetzt erlaube ich mir, Ihren Antrag vom 21.7.2023 als Brief zu beantworten und teile Ihnen auf diesem Wege Folgendes mit:

Vor einer Vielzahl früher schwer oder tödlich verlaufender Krankheiten kann heutzutage durch Impfungen zuverlässig geschützt werden. Eine Impfpflicht existiert – mit Ausnahme der Impfpflichten für Soldat*innen nach dem Soldatengesetz – in Deutschland derzeit nicht. Vielmehr steht es grundsätzlich jedem frei, sich für oder gegen eine Impfung zu entscheiden. Vor diesem Hintergrund werden jährlich Impfeempfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) veröffentlicht. Der Impfkalender 2023 der STIKO umfasst für Säuglinge, Kinder, Jugendliche und Erwachsene Schutzimpfungen gegen Rotaviren, Tetanus, Diphtherie, Pertussis, Haemophilus influenzae Typ b, Poliomyelitis, Hepatitis B, Pneumokokken, Meningokokken C, Masern, Mumps, Röteln, Varizellen, HPV – Humane Papillomviren, Herpes Zoster, Influenza sowie COVID-19. Trotz der wissenschaftlich belegten Schutzwirkung von Impfungen sind in Deutschland – wie in ganz Europa – Impflücken zu verzeichnen. Während mangels eines zentralen Impfreisters in Deutschland hinsichtlich der Impfquoten erhebliche Unschärfen bestehen, liegt in Bezug auf die Impfbereitschaft der Bevölkerung jedoch bereits eine Vielzahl deutscher und EU-weiter Studien vor. Diese untersuchen sowohl innere Faktoren (z.B. Vergesslichkeit, religiöse Motive) wie auch äußere Faktoren (z.B. Zugangsschwierigkeiten), welche die jeweilige individuelle Impfentscheidung beeinflussen. Lediglich die aktuellsten sollen nachfolgend skizziert werden:

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), „Infektionsschutz-Einstellungen, Wissen und Verhalten von Erwachsenen und Eltern gegenüber Impfungen“ 2022:

Ziel der alle zwei Jahre durchgeführten Untersuchung der BZgA ist es u.a., Impfhindernisse und mögliche Vorbehalte gegenüber Impfungen im Kindesalter zu identifizieren. Denn gerade der Wissensstand und insbesondere die Einstellung der Eltern zum Thema Impfungen im Kindesalter sind wichtige Einflussfaktoren auf das Impfverhalten. Der aktuellen BZgA-Studie zufolge sind die Gründe dafür, dass Eltern ihre Kinder nicht impfen lassen, vielfältig. Ein Drittel der befragten Eltern (36%) gab an, dass sie ihr Kind schon einmal nicht haben impfen lassen, weil es zum Impftermin einen Infekt hatte oder es ihm nicht so gut ging. Weitere Hindernisse bezogen sich auf eine eher skeptische Haltung gegenüber dem Impfen: Jeweils 11% der befragten Eltern gaben an, dass sie ihr Kind nicht haben impfen lassen, weil sie die entsprechende Impfung für unnötig hielten oder weil sie befürchteten, die Impfung könne ihr Kind körperlich zu stark belasten. Jeweils 8% hatten Angst vor Nebenwirkungen oder vor bleibenden Impfschäden. Jeweils 7% der befragten Eltern gaben an, ihr Arzt beziehungsweise ihre Ärztin hätte ihnen von der Impfung abgeraten oder sie hätten im Alltagstrubel nicht mehr an anstehende Impfungen gedacht. 4% gaben als Impfhindernis an, dass es ihnen aus zeitlichen beziehungsweise organisatorischen Gründen nicht möglich war, zur Ärztin oder zum Arzt zu gehen. Bei 1% der Befragten hatte die Hebamme von einer Impfung abgeraten. Zudem ergab die Studie, dass die Einschätzung der Eltern zur Notwendigkeit eines Impfschutzes je nach betroffener Impfung stark variiert. Während laut der BZgA-Studie fast alle befragten Eltern angaben, dass ihr Kind auf jeden Fall gegen Tetanus (97%), Masern (97%), Kinderlähmung (96%), Röteln (93%), Mumps (92%) und Diphtherie (90%) geimpft werden sollte, waren nur etwa drei Viertel der Eltern der Ansicht, ihr Kind sollte auf jeden Fall gegen Hepatitis B (78%) geimpft werden. Eine Impfung gegen HPV sahen sogar nur 70% der Eltern als notwendig an.

European Commission, „State of Vaccine Confidence in the EU“ 2022: Thema des Berichts ist das Vertrauen in die Wirksamkeit und Sicherheit von Impfungen und in das Gesundheitssystem („vaccine confidence“). Es wird das generelle Vertrauen der Allgemeinbevölkerung in Impfstoffe, gemessen an der wahrgenommenen Impfstoffsicherheit und -wirksamkeit, Wichtigkeit und an der Vereinbarkeit von Impfstoffen mit der Religion in allen EU-Mitgliedstaaten bewertet. Ein hohes Vertrauen der Bevölkerung in Impfprogramme sei notwendig, um hohe Impfraten konstant zu halten. Die regelmäßig aktualisierte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass in Deutschland 83,9% (EU-Schnitt: 78,4) der Bevölkerung Impfungen für

sicher, 89,6% (EU-Schnitt: 78,4) sie für wirksam hielten, und 83,5% meinten, Impfungen seien wichtig (EU-Schnitt: 78,4). 86,2% (EU-Schnitt: 78,4) hielten sie mit ihrem Glauben für vereinbar. Auch, wenn diese Zahlen im EU-Vergleich relativ hoch sind, so zeigen sie, wie wichtig anhaltende Aufklärung, Information und ärztliche Beratung sind.

Bundesministerium für Gesundheit, Systematische Bestandanalyse im Förderschwerpunkt Entwicklung, Erprobung und Evaluation digitaler Medien für die Förderung des Impfens am Beispiel von HPV 2021 „DigiMed-HPV“: Im Rahmen der vom Bundesministerium für Gesundheit geförderten „Systematischen Bestandanalyse im Förderschwerpunkt Entwicklung, Erprobung und Evaluation digitaler Medien für die Förderung des Impfens am Beispiel von HPV“ wurden u.a. Jugendliche, Eltern sowie Ärztinnen und Ärzte zu Impferfahrungen bzw. -hürden befragt. Die im August 2021 publizierten Ergebnisse der Studie kommen zu dem Schluss, dass der Impfpuls überwiegend durch Ärztinnen und Ärzte erfolge, deren Empfehlung im Großteil der Fälle angenommen wird. Eine besondere Rolle in der HPV-Impfung komme damit den niedergelassenen Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzten zu, die für den überwiegenden Teil der HPV-Impfungen verantwortlich seien. Die U- und J-Untersuchungen stellen damit relevante und frühe Anlässe zur Aufklärung der Eltern dar. Allerdings sei das Wissen zu HPV und der HPV-Impfung insgesamt gering. Im Hinblick auf die adressierten Zielgruppen zeigte die systematische Bestandsaufnahme, dass ein Großteil der bisherigen Aktivitäten auf die Allgemeinbevölkerung ausgerichtet ist. Eine zielgruppenspezifische Ansprache sei im Verhältnis seltener erfolgt. Verbesserungspotenzial zeige sich vor allem im Hinblick auf eine zielgruppenspezifische Ansprache (z.B. der Zielgruppe Jungen/ Männer), der Eltern, sowie weiterer Multiplikatoren.

Robert Koch Institut, Interventionsstudie zur Steigerung der HPV- Impfquoten in Deutschland InveST HPV 2023- 2026:

Die Studienverantwortlichen gehen – in Übereinstimmung mit den Ergebnissen der oben angesprochenen Studien – davon aus, dass ein relevanter Faktor bei der Impfscheidung die Arzt-Patienten-Kommunikation darstellt, um die Bedenken von vor allem unsicheren oder impfkritischen Eltern zu adressieren. Die Kommunikation werde bei der HPV-Impfung als besonders herausfordernd eingeschätzt, da häufig geringes Vorwissen bestehe und die Aufklärung zu einer Infektion, die über sexuelle Kontakte übertragen wird, Scham auslösen könne. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich die bis 2026 laufende Studie mit den Hürden für den Einsatz von Erinnerungssystemen und mit angepassten bzw. innovativen Ansätzen zur Schulung von Ärzten und Ärztinnen sowie medizinischem Fachpersonal.

Zudem wird eine repräsentative Umfrage unter Eltern zu Wissen und Vorbehalten zur HPV-Impfung geplant.

In Zusammenschau der hier skizzierten sowie einer Vielzahl weiterer Studien lässt sich somit konstatieren, dass es bereits hinreichende nationale wie internationale Publikationen mit Aussagen zu Impfmotivation und Impfhindernissen gibt. Darüber hinaus stellt das Robert Koch-Institut (RKI) zwischenzeitlich mit „VacMap“ eine Plattform zur Verfügung, mit deren Hilfe die Ergebnisse der Impfsurveillance der Kassenärztlichen Vereinigung öffentlich zugänglich gemacht werden können.

Das VacMap-Dashboard gibt ein räumlich und zeitlich umfassendes Bild der Inanspruchnahme von Routineimpfungen, die von der Ständigen Impfkommission (STIKO) empfohlen werden. Es wird damit ermöglicht, die Umsetzung der Impfeempfehlungen zu evaluieren sowie Impflücken in einzelnen Regionen, Altersgruppen und Indikationsgruppen zu erkennen. Auch dieses Instrument unterstützt dabei, Maßnahmen zur Erhöhung der Impfquote zielgerichtet zu planen.

Es ist nach Einschätzung des Gesundheitsreferates, welches sich auch im regelmäßigen Austausch mit den für dieses Gebiet relevanten Akteure*innen in München befindet, nicht zu erwarten, dass eine weitere lokale Studie zu einem diesbezüglich neuem, ergänzenden Erkenntnisgewinn führt. Überzeugt von der Wichtigkeit und Wirksamkeit eines vollständigen Impfschutzes auf Basis der jeweils aktuellen StIKo-Empfehlungen, verfolgt mein Haus die gesellschaftlichen Entwicklungen und die aktuelle Studienlage jedoch sehr aufmerksam, um die hieraus resultierenden und für München geeignet erscheinenden Maßnahmen abzuleiten und umzusetzen.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Niedrige Impfquoten in München bei Hepatitis B und Humanen Papillomviren (HPV) – Abhilfe schaffen! II

Antrag Stadtrat Professor Dr. Hans Theiss (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 21.7.2023

Antwort Gesundheitsreferentin Beatrix Zurek:

Sie beantragen: „Die Landeshauptstadt München (LHM) wird aufgefordert, eine groß angelegte, multimediale Aufklärungs- und Werbekampagne zu entwickeln und durchzuführen, die a) über die nicht unerheblichen gesundheitlichen Gefahren von Hepatitis B und HPV aufklärt und b) breit für eine Impfung wirbt.“

Ihr Einverständnis vorausgesetzt erlaube ich mir, Ihren Antrag vom 21.7.2023 als Brief zu beantworten und teile Ihnen auf diesem Wege Folgendes mit:

Das Gesundheitssystem in Deutschland zeichnet sich durch seine Vielzahl von Akteuren, ihr Zusammenspiel und die gegenseitige Ergänzung ihrer Angebote auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene aus. Während es eine ausgesprochene Stärke der örtlichen Gesundheitsämter ist, die Gegebenheiten vor Ort zu kennen und speziell auf diese einzugehen, können die Akteure auf Bundes- und Landesebene einen breiteren Ansatz wählen und überregionale, umfassende Aufklärungs- und Informationskampagnen realisieren, die die gesamte Bevölkerung anzusprechen vermögen. Diesem Ansatz entsprechend existiert ein breites Informations- und Werbeangebot für Schutzimpfungen auf Bundes- wie auf Landesebene, welches – je nach Zielgruppe – auch multimedial angelegt ist und insbesondere die in Ihrem Antrag angesprochenen HPV- sowie Hepatitis-B-Impfungen mit umfasst (z.B. www.impfen-info.de (BzGA), www.liebesleben.de (BzGA), www.krebsgesellschaft.de (Deutsche Krebsgesellschaft), www.stmgp.bayern.de/vorsorge/impfen_de/ (StMGP)).

Flankiert wird dieses Angebot seitens des Gesundheitsreferats (GSR) auf regionaler Ebene vor allem durch ein ansprechendes Social-Media-Angebot, in dem Impft Themen als Teil des Angebots des GSR zielgruppengerecht aufbereitet werden (<https://www.facebook.com/gsr-muenchen/>).

Das GSR wird sich zudem als Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Impfen dafür einsetzen, dass auch 2024 die HPV-Impfung und die Hepatitis B Impfung im Zentrum der Bayerischen Impfwache stehen wird. Der bereits jetzt vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und

Pflege herausgegebene Flyer zur HPV-Impfung könnte dann um die Hepatitis B-Impfung erweitert werden.

Im Antwortschreiben zu Ihrem Antrag Nr. 20-26/A 04013 vom 21.7.2023 haben wir bereits die bestehende umfangreiche Studienlage zu Impfhindernissen dargelegt. Die Studien kamen zu dem Ergebnis, dass der Impfpuls überwiegend von (den behandelnden) Ärztinnen und Ärzten ausgeht, deren Empfehlung im Großteil der Fälle angenommen wird. Eine besondere Rolle kommt demnach den niedergelassenen Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzten zu, die für den weit überwiegenden Teil der HPV-Impfungen verantwortlich sind. Zugleich wird darauf verwiesen, dass ein Großteil der bestehenden Aktivitäten zur Steigerung der Impfbereitschaft auf die Allgemeinbevölkerung ausgerichtet seien, obwohl eine zielgruppenspezifische Ansprache der Eltern sowie weiterer Multiplikatoren sinnvoll sei.

Insofern unterstreicht die aktuelle Studienlage, wie wichtig es ist, das bereits bestehende breite Aufklärungs- und Informationsangebot durch zielgruppenspezifische Maßnahmen vor Ort zu flankieren. Bei der konkreten Ausgestaltung sind indes gerade bei den hier im Raum stehenden Impfungen Besonderheiten zu beachten:

- Die Impfung gegen Hepatitis B soll gemäß den aktuellen Empfehlungen der ständigen Impf-Kommission (STIKO) beim Robert Koch Institut (RKI) im ersten Lebensjahr erfolgen, wobei die Möglichkeit der Nachholimpfung bis zum vollendeten 18. Lebensjahr besteht. Die HPV-Impfung soll im Alter von neun bis 14 Jahren, Nachholimpfungen sollen bis zum 18. Lebensjahr erfolgen. Damit ist ersichtlich, dass in diesen Fällen neben den Jugendlichen besonders auch die Sorgeberechtigten die Zielgruppe für Maßnahmen zur Steigerung Impfmotivation sind.

Entsprechend den Veröffentlichungen des RKI (Epidemiologisches Bulletin 31/2023) ist die Anzahl der übermittelten Fälle von Hepatitis B pro Monat in der Altersgruppe der 0- 20-Jährigen sehr niedrig, steigt dann an ab dem Alter von 20 Jahren mit einem Gipfel der 35- 59-Jährigen. Im Zeitraum 2019 bis 2021 lag der Anteil der >35-jährigen an den gemeldeten Fällen bei 82%. Dies scheint darin bedingt zu sein, dass die Impfung gegen Hepatitis B erst 1995 eingeführt wurde und somit ist davon auszugehen, dass insbesondere die >30-jährigen Personen keinen Impfschutz besitzen. Auch fällt auf, dass nur bei ca. 20% der gemeldeten Hepatitis B-Fälle kein Migrationshintergrund dokumentiert ist. Diese Zielgruppe muss deshalb niederschwellig und vorrangig über ihre Community angesprochen werden.

Vor dem skizzierten Hintergrund ist zunächst festzuhalten, dass die Sorgeberechtigten ohnehin bei unterschiedlichen Gelegenheiten durch das Gesundheitsreferat auf fehlende Impfungen hingewiesen und zur Nachholung motiviert werden:

- Im Kindesalter besteht zunächst für die Sorgeberechtigten die Möglichkeit der ärztlichen Beratung zu den empfohlenen Impfungen bei allen U-Untersuchungen bei den Kinderärzt*innen. Zusätzlich müssen die Sorgeberechtigten vor Aufnahme ihres Kindes in eine Kita den Nachweis erbringen, dass eine vollständige, altersgemäße Beratung in Bezug auf einen ausreichenden Impfschutz des Kindes nach den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission erfolgt ist (§ 34 Abs. 10a Infektionsschutzgesetz). Falls dieser nicht vorgelegt wird, erfolgt eine Meldung an das GSR, wo dann eine Impfberatung angeboten wird und ggf. Impfungen erfolgen können.
- In jedem Fall erfolgt eine individuelle Überprüfung und Impfberatung durch das GSR im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung, die für alle Münchner Kinder, die eingeschult werden sollen, verpflichtend ist.
- In der 6. Klasse und somit im Alter von ca. zwölf bis 14 Jahren erfolgt gemäß § 12 Absatz 3 GDG i.V.m. § 10 SchulgespfIV erneut eine Impfberatung. Von allen Schüler*innen der sechsten Klasse der Münchner Schulen werden dazu die Impfdokumente eingesammelt und der Impfstatus analysiert. Bei fehlenden Impfungen erhalten die Sorgeberechtigten eine entsprechende Mitteilung. Dabei wird ein Flyer zur Motivation und Erinnerung der J1-Untersuchung allen Impfpässen beigelegt. Damit wird dazu aufgefordert, der kostenlosen Vorsorgeuntersuchung im Jugendalter (J1-Untersuchung) beim Kinder- und Jugendarzt in Anspruch zu nehmen, bei der dann erneut die notwendigen Impfungen besprochen werden können. Bei fehlendem HPV-Impfschutz wird zusätzlich der HPV-Flyer des StMGP übermittelt.

Im Lichte der Studienergebnisse können diese gesetzlich vorgesehenen Beratungsmöglichkeiten aber nicht als ausreichend angesehen werden, sondern müssen um passende, weitere Bausteine ergänzt werden. Zudem sollte das Angebot auch in einen breiteren Rahmen eingebettet werden.

Ein gutes Beispiel hierfür ist das Pilotprojekt „Impfen für alle“. Hier bietet das GSR seit dem 20.9.2023 im Gesundheitstreff HasenbergI jeden Mittwoch von 10-13 Uhr eine kostenfreie ärztliche Impf-Sprechstunde an, seit Dezember kann zudem auch vor Ort geimpft werden. Dieses niederschwellige Angebot soll durch einen direkten, vertrauensvollen Kontakt zwischen Ärzt*in des GSR und Bürger*in ein wohnortnahes und individuelles Angebot gerade für Bürger*innen schaffen, die bisher keinen ausrei-

chenden Impfschutz erhalten haben. Parallel wurde auch der Austausch mit Haus- und Kinderarztpraxen, sowie Vertreter*innen der einzelnen Zielgruppen gesucht, um so das Angebot zielgruppen- und bedarfsgerecht weiterentwickeln und eine adäquate Ansprache der Zielgruppe erreichen zu können. In diesem Rahmen soll insbesondere auch auf die Bedeutung eines vollständigen Impfschutzes nach RKI-Empfehlung, also einschließlich HPV und Hepatitis B, in der ärztlichen Praxis hingewiesen werden. Zudem wurden die im Hasenbergl tätigen Gesundheitslots*innen des Gesundheitstreffs als Multiplikatoren für das Angebot mit einbezogen. Die vor Ort tätigen Einrichtungen (z.B. Streetworker, Regsam Netzwerk, ASZ) wurden darüber hinaus über das Angebot informiert. In 2024 sollen nach der initialen Phase des Projekts beispielsweise verstärkt Veranstaltungen vor Ort in den im Hasenbergl tätigen Institutionen erfolgen. Geplant ist auch der direkte Kontakt zu den Zielgruppen z.B. im Rahmen von Elterncafés, Mutter-Kind-Treffs u.ä., um die Bürger*innen niederschwellig „dort abzuholen, wo sie sind“.

Des Weiteren besteht im GSR in der Beratungsstelle für sexuell übertragbare Erkrankungen die Möglichkeit, auf anonymer Basis ein Hepatitis A, B und C sowie ein HIV-Screening durchführen zu lassen – zweiwöchentlich zudem auch im Gesundheitstreff Hasenbergl. Personen mit negativem Impfstatus und entsprechender Indikation für eine Impfung werden dort dann gezielt zur Impfung gegen Hepatitis B beraten. Einmal im Monat bietet die STI-Beratungsstelle ein Testangebot im Sub- Schwules Kommunikations- und Kulturzentrum München e.V. an. Auch im Rahmen dieses Testangebotes des GSR wird im Sub u.a. auch auf Hepatitis A, B und C getestet. Auch die Münchner Aidshilfe e.V. bietet Testungen auf Hepatitis A, B und C an. Eine Impftermin kann in all diesen Fällen zeitnah in der Impfstelle des Gesundheitsreferates vereinbart werden. Hierfür stehen dem Gesundheitsreferat seit 2015 nach einem entsprechenden Stadtratsbeschluss vom September 2015 zudem jährlich 5.000 Euro für die Beschaffung von Hepatitis B-Impfstoff zur Verfügung für Menschen mit einer Impfindikation, für deren Impfung jedoch kein anderer Kostenträger aufkommt.

Aber auch darüber hinaus ist das Angebot des GSR auf die jeweiligen Zielgruppen zugeschnitten. Dies zeigt sich insbesondere bei den Impfangeboten für Asylbewerber*innen. Diesen wird in der Bayernkaserne unmittelbar im Anschluss an die Untersuchungen nach dem Asylgesetz eine Impfberatung angeboten, welche neben einer Durchsicht und ggf. Übersetzung mitgebrachter Impfdokumente auch eine Beratung sowie die Durchführung fehlender STIKO-empfohlener Impfungen umfasst. An dieses erfolgreiche Modell anknüpfend steht das GSR speziell Ukrainegeflüchteten, die in Ge-

meinschaftsunterkünften wohnen, in einer wöchentlichen offenen Impfpredchstunde in der Schwanthaler Straße mit sprachlich versierten Ärzt*innen des GSR zur Verfügung, in der gegebenenfalls bestehende Impflücken gemäß STIKO-Empfehlung geschlossen werden können.

Ergänzt wird dieses Angebot durch die bereits seit langem etablierte telefonische Impfberatung (Telefon: 089 233-66907) sowie die sämtlichen Bürger*innen offenstehende Impfstelle in der Schwanthalerstraße. Neben diesen regelmäßigen Angeboten bespielt das GSR aber auch flexible Formate: so werden beispielsweise Veranstaltungen wie der Aktionstag „Dasein für München“ am 14.10.2023 oder der „Tag der Einschulung“ am 17.11. und am 18.11.2023 genutzt, um in den unmittelbaren Austausch mit den Zielgruppen zu treten, über Schutzimpfungen zu informieren und zu diesen zu motivieren

Parallel zu den skizzierten Angeboten und Aktionen arbeitet das GSR an einer weiteren Stärkung seiner zielgruppenorientierten Maßnahmen zur Förderung der Impfungen gegen Hepatitis B und HPV wie auch der weiteren von der STIKO empfohlenen Schutzimpfungen. Sobald diese Pläne – auch auf Basis der Erkenntnisse aus dem oben skizzierten Pilotprojekt – weiter konkretisiert werden können, wird das GSR sie dem Stadtrat vorstellen und um die dazu notwendigen Ressourcen bitten.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Friedhof Lochhausen: Urnenwand und/oder Urnenstelen aufstellen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste) vom 8.11.2023

Antwort Gesundheitsreferentin Beatrix Zurek:

Sie beantragen, dass auf dem Friedhof Lochhausen eine Urnenwand und/oder Urnenstelen aufgestellt werden sollen. Die Gestaltung soll mit dem örtlichen Bezirksausschuss abgestimmt werden.

Sie begründen Ihren Antrag damit, dass sich in der Sterbekultur sehr viel verändert hat und eine Urnenwand aufgrund des geringen Platz- und Pflegebedarfs eine sinnvolle Ergänzung auf dem Friedhof wäre. Zudem sei der Stadtbezirk 22 mit dem Neubaugebiet in Freiham und den Nachverdichtungsmaßnahmen in Aubing, Neuaubing und den angrenzenden Gebieten besonders vom Stadtwachstum betroffen. Es sei dringend geboten, schon frühzeitig auf steigende Platzbedarfe auf den Friedhöfen zu reagieren.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt erlaube ich mir, Ihren Antrag vom 8.11.2023 als Brief zu beantworten und teile Ihnen auf diesem Wege Folgendes mit:

Das neugeschaffene Wohngebiet in Freiham gehört nicht zum Bestattungsbezirk für den Friedhof Lochhausen. Dies bedeutet, dass in Freiham verstorbene Anwohner*innen oder deren Angehörige nicht auf dem Friedhof Lochhausen bestattet werden können. Demzufolge entsteht dort durch das Wohngebiet in Freiham keine Notwendigkeit, die Friedhofsfläche zu erweitern.

Auf dem Friedhof Lochhausen gibt es derzeit 203 freie Erdgrabstätten. In diesen können selbstverständlich auch Urnen beigesetzt werden. Die Gräberbedarfsprognose der Städtischen Friedhöfe München zeigt, dass im Jahr 2025 noch circa 180 Grabstätten frei sein werden. Dies bedeutet, dass es derzeit rein rechnerisch keinen Bedarf nach einer Erweiterung auf dem Friedhof Lochhausen gibt.

Auch wenn derzeit und perspektivisch kein Mangel an Gräbern auf dem Friedhof Lochhausen besteht, beziehungsweise zu erwarten ist, kann ich den Wunsch der Anwohner*innen auf eine Erweiterung des Grabangebotes nachvollziehen. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten gibt es dafür auch Kapazitäten. Die Städtischen Friedhöfe München prüfen derzeit, auf welchen Flächen zum Beispiel Urnenstelen, Urnengemeinschaftsanlagen



oder Bestattungen unter Bäumen geplant werden können. Diese Planungen werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Freitag, 26. Januar 2024

Antisemitismus bekämpfen – Demokratie stärken I Für mehr Präsenz jüdischen Lebens in der Öffentlichkeit

Antrag Stadtrats-Mitglieder Mona Fuchs, Dominik Krause, Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste), Anne Hübner, Christian Köning (SPD/Volt-Fraktion), Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER), Professor Dr. Jörg Hoffmann, Gabriele Neff (FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion) Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste) und Marie Burneleit (DIE LINKE. / Die PARTEI Stadtratsfraktion)

Antisemitismus bekämpfen – Demokratie stärken II Bildungsarbeit gegen Antisemitismus ausbauen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Mona Fuchs, Dominik Krause, Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste), Anne Hübner, Christian Köning (SPD/Volt-Fraktion), Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER), Professor Dr. Jörg Hoffmann, Gabriele Neff (FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion) Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste) und Marie Burneleit (DIE LINKE. / Die PARTEI Stadtratsfraktion)

Antisemitismus bekämpfen – Demokratie stärken III Erinnerung der Opfer des antisemitischen Massakers vom 07. Oktober 2023

Antrag Stadtrats-Mitglieder Mona Fuchs, Dominik Krause, Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste), Anne Hübner, Christian Köning (SPD/Volt-Fraktion), Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER), Professor Dr. Jörg Hoffmann, Gabriele Neff (FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion) und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Winterdienst: Auswirkungen der Streusalznutzung in München

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Winterdienst: Alternativen zu Streusalz prüfen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)



**Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus**

München, 26.01.2024

Antisemitismus bekämpfen – Demokratie stärken I Für mehr Präsenz jüdischen Lebens in der Öffentlichkeit

Um jüdischem Leben in München – sowohl historisch als auch aktuell – zu mehr Präsenz zu verhelfen, werden verschiedene Maßnahmen getroffen bzw. ausgeweitet:

- Um jüdisches Leben und dessen Symbolik im öffentlichen Raum der Stadt sowie im Alltag stärker erkennbar werden zu lassen, setzt die Landeshauptstadt zu einem zentralen jüdischen Feiertag (z.B. Yom Kippur und/oder Chanukka) eigene sichtbare Akzente an öffentlichen Plätzen und bringt damit ihre Verbundenheit mit den jüdischen Münchnerinnen und Münchnern zum Ausdruck.
- Das Kulturreferat wird gebeten, ein Konzept zu erstellen, das den Beitrag jüdischer Münchner*innen zur historischen Entwicklung Münchens stärker bekannt macht. Dieses Konzept soll auch Formen des Erinnerns im öffentlichen Raum umfassen.

Begründung:

Ziel und Anspruch einer demokratischen Stadtgesellschaft muss es sein, dass jüdisches Leben in München zugleich sicher und wahrnehmbar ist. Dies gilt sowohl für den historischen Beitrag jüdischer Münchner*innen zur Entwicklung dieser Stadt, als auch für das gegenwärtige jüdische Leben in München. Der historische Beitrag jüdischer Münchnerinnen und Münchner soll deshalb u.a. durch Denkmalsetzungen oder Informationsangebote im Stadtbild und -alltag präsenter werden. Die Verbundenheit von Jüdinnen und Juden mit der Landeshauptstadt München – und umgekehrt – soll durch Aktionen der Stadt zu einzelnen jüdischen Feiertagen (z.B. Yom Kippur, Sukkot oder Chanukka) zum Ausdruck gebracht werden.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Dominik Krause

Mona Fuchs

Sebastian Weisenburger

CSU mit Freie Wähler Fraktion

Manuel Pretzl

Fraktion ÖDP/München Liste

Tobias Ruff

SPD / Volt - Fraktion

Anne Hübner

Christian Köning

FDP Bayernpartei Stadtratsfraktion

Prof. Dr. Jörg Hoffmann

Gabriele Neff

Fraktion DIE LINKE. Die PARTEI

Marie Burneleit



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 26.01.2024

Antisemitismus bekämpfen – Demokratie stärken II Bildungsarbeit gegen Antisemitismus ausbauen

Um die Sensibilität für Antisemitismus zu erhöhen, werden die Bildungsmaßnahmen gegen Antisemitismus in allen Altersgruppen gestärkt und ausgeweitet. Hierfür sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- Das Pädagogische Institut – Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement baut seine Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte zum Thema Antisemitismus, die bereits bisher in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) angeboten werden, weiter aus und entwickelt in diesem Bereich auch ad-hoc- Fortbildungsangebote, die unkompliziert und anlassbezogen von Schulen angefragt werden können und dann auch unmittelbar bereitgestellt werden.
- Die Förderung der Europäischen Janusz Korczak Akademie wird ausgebaut und verstetigt. Dazu werden im Nachtragshaushalt 2024 des Kulturreferats 50.000.- Euro jährlich bereitgestellt. Der inhaltliche Schwerpunkt der EJKA liegt auf antisemitismuskritischer Bildungsarbeit, Empowermentarbeit mit jungen jüdischen Münchnerinnen und Münchnern sowie auf der Begegnungsarbeit. Für die fachliche Beratung und Steuerung liegt die Zuständigkeit bei der Fachstelle für Demokratie.
- Die Münchner Volkshochschule entwickelt – gemeinsam mit dem Kulturreferat als Betreuungsreferat und der Fachstelle für Demokratie – einen Programmschwerpunkt ‚Antisemitismus‘.
- Die Verwaltung organisiert einen öffentlichen Fachtag mit Expertinnen und Experten zum Thema Umgang mit Antisemitismus.

Begründung:

Nicht zuletzt die Entwicklungen seit dem antisemitischen Massaker der islamistischen Terrororganisation Hamas vom 7. Oktober 2023 haben gezeigt, wie weit verbreitet antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung sind. Da Antisemitismus in allen Milieus des politischen Spektrums vorhanden ist und somit in sämtlichen Teilen unserer Gesellschaft auftritt, gilt es auch besonders breitgefächerte Gegenmaßnahmen zu treffen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem Bildungsbereich zu. Die bereits bestehenden Bildungsmaßnahmen gegen Antisemitismus sollen daher in allen Altersgruppen – von der Schul- und Jugend- bis zur Erwachsenenbildung – ausgebaut und gestärkt werden. Insbesondere die Ausweitung der Förderung der EJKA ist zielführend, da diese den Dialog zwischen jüdischen und muslimischen Jugendlichen forciert.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Dominik Krause
Mona Fuchs
Sebastian Weisenburger

SPD / Volt - Fraktion

Anne Hübner
Christian Köning

CSU mit Freie Wähler Fraktion

Manuel Pretzl

FDP Bayernpartei Stadtratsfraktion

Prof. Dr. Jörg Hoffmann
Gabriele Neff

Fraktion ÖDP/München Liste

Tobias Ruff

Fraktion DIE LINKE. Die PARTEI

Marie Burneleit



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 26.01.2024

Antisemitismus bekämpfen – Demokratie stärken III Erinnerung der Opfer des antisemitischen Massakers vom 07. Oktober 2023

Zum ersten Jahrestag des antisemitischen Massakers der islamistischen Terrororganisation HAMAS vom 07. Oktober 2023 richtet die Landeshauptstadt München unter Miteinbeziehung jüdischer Gemeinden, Verbände und Vereine eine Gedenkveranstaltung aus. Darin soll sowohl die Erinnerung an die Opfer, als auch die Solidarität mit der israelischen Bevölkerung und die Auseinandersetzung mit den antisemitischen Hintergründen der Tat zum Ausdruck kommen.

Begründung:

Das antisemitische Massaker der islamistischen Terrororganisation Hamas vom 07. Oktober 2023 hat Jüdinnen und Juden und die ganze Welt zutiefst erschüttert. Es war gleichzeitig ein Anschlag auf die Werte von Demokratie, Humanität und Menschenrechten. Um die Erinnerung an die Opfer wachzuhalten, die Solidarität mit der angegriffenen israelischen Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen und die antisemitischen Hintergründe der Tat auszuleuchten, richtet die Landeshauptstadt München eine Gedenkveranstaltung zum 1. Jahrestag am 07. Oktober 2024 aus. Die Organisation der Veranstaltung übernimmt die Protokollabteilung im Direktorium; bei der inhaltlichen Ausgestaltung arbeitet sie eng mit der städtischen Fachstelle für Demokratie zusammen.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Dominik Krause
Mona Fuchs
Sebastian Weisenburger

SPD / Volt - Fraktion

Anne Hübner
Christian Köning

CSU mit Freie Wähler Fraktion

Manuel Pretzl

FDP Bayernpartei Stadtratsfraktion

Prof. Dr. Jörg Hoffmann
Gabriele Neff

Fraktion ÖDP/München Liste

Tobias Ruff

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 26.01.2024

Anfrage:

Winterdienst: Auswirkungen der Streusalznutzung in München

Beim Einsatz von Streusalz im Winterdienst muss zwischen der Vermeidung von Glätteis und dem Schutz von Umwelt/ Süßwasser sowie dem Tierschutz und Korrosionsschutz abgewogen werden. Derzeit entwickelt sich das Winterdienst-Konzept der LH München in Richtung eines erhöhten Salzeinsatzes. Um besser abwägen zu können, ob die negativen Auswirkungen noch im tolerierbaren Rahmen liegen,

fragen wir den Oberbürgermeister:

1. Unter welchen Bedingungen wird auf welchen Verkehrswegen welche Winterdienst-Technik zum Ausbringen von Streusalz genutzt? (Streusalz, Feuchtsalz, Sole-Lösungen)
2. Wie hoch ist der Salzanteil beim Einsatz von Streusalz/ Feuchtsalz/ Sole pro Quadratmeter Straße?
3. In welchen Zeitabständen wird bei anhaltendem Winterwetter erneut Salz ausgebracht, um die Wirkung aufrecht zu erhalten?
4. Wie viel Salz wird jährlich in München ausgebracht?
5. Wie hoch ist der Salzeintrag ins Münchner Abwasser in den Wintermonaten versus in den Sommermonaten? Wird eine Entwicklung des Salzgehaltes gemessen?
6. Wie hoch schätzen Sie die Nutzung von Streusalz auf privaten Flächen ein?
7. Wird widerrechtliche Nutzung von Streusalz auf Gehwegen und auf Privatgelände kontrolliert und ggf. mit Bußgeldern geahndet?
8. Inwiefern wird die biologische Reinigungsstufe der Kläranlagen durch das Salz beeinträchtigt?
9. Wo treten oder traten in München Salzschäden an der baulichen Infrastruktur auf, z.B. an Brückenbauwerken, Abwasserrohren, Kläranlagen oder Trinkwasserrohren?
10. Wird das Auftreten von Salzschäden an Straßenbäumen und Straßenbegleitgrün in München untersucht und dokumentiert? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, ist ein Monitoring geplant?
11. Wie hoch ist das zusätzliche Unfallaufkommen im Straßenverkehr an Schnee- und Glätteistagen in der Landeshauptstadt München
 - a. von Kraftfahrzeugen?
 - b. von Fahrrädern?
 - c. von Fußgängern?

Tobias Ruff
Fraktionsvorsitzender, Stadtrat

Nicola Holtmann
Umweltpolitische Sprecherin, Stadträtin

Sonja Haider, Stadträtin

Dirk Höpner, Stadtrat

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 26.01.2024

Antrag:
Winterdienst: Alternativen zu Streusalz prüfen

Wir fordern das Baureferat auf, alternative Winterdienst-Streumittel zu prüfen, mit dem Ziel, die Glatteisgefahr auf den Geh- und Radwegen sowie den Fahrbahnen der Straßen bei möglichst geringem Salzeintrag in den Boden sowie den Wasserkreislauf tolerierbar zu halten. Der Fokus soll auf der Reduktion des Salzbedarfs während der gesamten Schneeperiode liegen. Hinsichtlich der unterschiedlichen Streumittel sollen auch die wirtschaftlichen, logistischen und die weiteren ökologischen Aspekte sowie die Auswirkungen auf Tiere, insbesondere Hunde, beleuchtet werden. Zunächst sollen andere Städte zu Ihren Erfahrungen mit dem Einsatz alternativer Streumittel befragt werden. Soweit erfolgversprechend sollen die verschiedenen Substanzen dann in Pilotprojekten hinsichtlich ihrer Eignung im Stadtgebiet getestet werden. Eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit ist wünschenswert.

Insbesondere soll der Einsatz geprüft werden von:

- Gurkenwasser oder anderen salzhaltigen Abwässern aus der Lebensmittelindustrie
- Kaffeesatz ortsansässiger Gastronomiebetriebe
- Rübensirup-Mischung nach US-amerikanischem Vorbild
- Gemüsesäfte, wie z.B. Mangoldextrakt
- Maisspindeln.

Perspektivisch sollte die Beschaffung der Streumittel aus dem Münchner Umkreis erfolgen. Insofern Lebensmittel die Grundlage der Streumittel sind, sollen sie möglichst aus nicht für den Verzehr vorgesehenen Produkten gewonnen werden.

Begründung:

Im Art. 51 Abs. 1 Bayerisches Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) steht, dass im Rahmen des kommunalen Winterdienstes vorrangig umweltfreundliche Streumittel verwendet werden sollen. „Die Verwendung von Streusalz und umweltschädlichen anderen Stoffen ist dabei auf das aus Gründen der Verkehrssicherheit notwendige Maß zu beschränken.“¹ Gemäß dem Münchner Winterdienstkonzept werden Salz und Feuchtsalz grundsätzlich nur auf Hauptverkehrsstraßen, Straßen mit öffentlichem Buslinienverkehr und an Gefahrenstellen eingesetzt. Ergänzt wurde das Konzept bei der Vollversammlung am 20.12.2023 um einen besser koordinierten Feuchtsalzeinsatz auf Vorrangstraßen im Außenbereich.²

¹ <https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayStrWG-51>

² Sitzungsvorlage 20-26 / V 11049, unter: <https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/7974999?dokument=v8065968>, Sitzungsvorlage 20-26 / V 12025, unter: <https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/8173367?dokument=v8177734>

Keine Frage, Glatteis ist gefährlich, und Salzstreuen ist eine wirksame und eingespielte Lösung. Eine hohe Salzkonzentration gefährdet jedoch Pflanzen, Tiere, Betonbauten, Kraftfahrzeuge, Fahrräder und das Grundwasser. Salz schädigt im Laufe der Zeit das Wurzelwerk der Straßen-Bäume und Wiesen-Randstreifen so nachhaltig, dass die Pflanzen Wasser und Nährstoffe schlechter aufnehmen können, krank werden und selbst bei ausreichendem Niederschlag vertrocknen. Bei direktem Kontakt wirkt Salz zudem ätzend. In der Folge kommt es zu Korrosion an Fahrzeugen, Metallrohren und Beton. Das Beseitigen dieser Schäden verursacht in der Folge hohe Kosten. Zusätzlich tötet Salz im Boden lebende Insektenlarven und -eier ab und verletzt Tierpfoten. Und last but not least versalzen wir nach und nach unser Süßwasser: Lebensmittel, Lebensraum und Quelle für landwirtschaftliche Bewässerung.

Dies sind ausreichend Gründe sich auch mit unkonventionellen Salz-Alternativen und Minderungspotentialen intensiv zu beschäftigen.

Weltweit werden bereits salzreduzierte Mittel erfolgreich eingesetzt.

In Dingolfing und am Münchner Flughafen wird das Solewasser aus der Gurkenverarbeitung genutzt. Diese Solelösung hat mit 21% einen geringeren Salzanteil als herkömmliche Solelösungen. Außerdem müsste diese Solelösung ansonsten anderweitig entsorgt werden.³

In Washington, USA, wird seit Jahren Streusalz durch eine Rübensaft-Salz-Mischung ersetzt. Diese 23-prozentige Rübensaft-Sole hilft, den Gefrierpunkt von Eis zu senken und haftet besser auf den Straßen. Dadurch verbleibt die Mischung länger dort, wo sie wirken soll, und fließt erst verzögert in die Kanalisation oder das Straßenbegleitgrün.⁴

Laut agrarheute eignen sich auch weitere Gemüsesäfte.⁵

In der westukrainischen Stadt Lwiw und im polnischen Krakau wird Kaffeesatz ausgebracht. Man erhofft sich zusätzlich, dass das dunkle Pulver bei Sonnenschein die Wärme speichert und so dazu beiträgt, das Eis auf den Gehwegen schneller abzutauen.⁶

Das Deutsche Maiskomitee e.V. DMK empfiehlt Maisspindeln, die aus den zerkleinerten Reststoffen der Maisernte gewonnen werden.⁷

Tobias Ruff
Fraktionsvorsitzender, Stadtrat

Nicola Holtmann
Umweltpolitische Sprecherin, Stadträtin

Sonja Haider, Stadträtin

Dirk Höpner, Stadtrat

³ https://www.oekotest.de/freizeit-technik/Gurkenwasser-statt-Streusalz-Eine-umweltfreundliche-Alternative-bei-Glatteis-600773_1.html

⁴ <https://www.landundforst.de/landwirtschaft/betrieb/so-geht-umweltfreundlicher-winterdienst-ohne-streusalz-568650>
<https://www.stern.de/panorama/weltgeschehen/ueberraschender-effekt--us-staedte-setzen-jetzt-ruebensirup-gegen-glatteis-ein-31438758.html>

https://www.washingtonpost.com/local/trafficandcommuting/2015/10/31/c212b040-7e66-11e5-afce-2afd1d3eb896_story.html

⁵ <https://www.agrarheute.com/pflanze/getreide/streusalz-ersetzen-so-geht-umweltfreundlicher-winterdienst-588752>

⁶ <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/land-leute/polen-ukraine-kaffeesatz-streusalz-100.html>

⁷ <https://www.maiskomitee.de/Aktuelles/Maisspindelgranulat-als-Streumittel-bei-Schnee-und-Eis>

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Freitag, 26. Januar 2024

Hellabrunn für Verliebte

Pressemitteilung Tierpark Hellabrunn

Pressemitteilung / Veranstaltungstipp

Hellabrunn für Verliebte

Zum Valentinstag am 14. Februar bietet der Tierpark ein ganz besonderes Programm für verliebte Paare an: Los geht es mit einer abendlichen Führung rund um „Liebe und Beziehung im Tierreich“, anschließend gibt es ein romantisches Candle-Light-Dinner im Tierparkrestaurant.

Wer seinem Partner oder seiner Partnerin in diesem Jahr zum Valentinstag eine außergewöhnliche Freude machen möchte, der ist im Tierpark Hellabrunn genau richtig. Nach Schließung des Tierparks beginnt der Abend um 18 Uhr mit einer Führung, in der sich alles um die Liebe dreht – sei es das tierische Paarungsverhalten, die Auswahlkriterien bei der Partnerwahl oder Treue und „die ewige Liebe“ im Tierreich.

Im Anschluss an die rund einstündige Führung können sich die Paare dann vom Marché-Team im Tierparkrestaurant mit einem romantischen Candle-Light-Dinner mit Dreigängemenü verwöhnen lassen.

Die Anmeldung zum Valentinstag-Event in Hellabrunn ist ab 26. Januar 2024 unter www.hellabrunn.de/anmeldung-valentinstag möglich. Kosten: 195 Euro für zwei Personen (Mindestalter 18 Jahre) inklusive 60-minütiger Führung und Dreigängemenü mit Begrüßungsgetränk und zwei Getränken pro Person. Los geht es um 18 Uhr am Flamingo-Eingang, der Abend endet gegen 21.30 Uhr.

München, 26.01.2024 / 04

Weitere Informationen:

Lisa Reininger
Pressesprecherin
Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Tierparkstr. 30, 81543 München
Tel: +49(0)89 62508-718
Fax: +49(0)89 62508-52
Email: presse@hellabrunn.de
Website: www.hellabrunn.de

Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Vorsitzende des Aufsichtsrates:
Verena Dietl, 3. Bürgermeisterin
Vorstand: Rasem Baban
Eingetragen in das Handelsregister
des Amtsgerichts München, HRB 42030
UST-IdNr.: DE 129 521 751